

FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

Juni 2004

■ Bildungspolitik

Die Baustellen dieser Legislatur

Die Kantone, die eidgenössischen Departemente, die Hochschulen, die nationalen koordinierenden Dachorganisationen, alle befassen sich mit der **Zukunft der schweizerischen Bildungslandschaft**. Die Zeithorizonte sind allerdings unterschiedlich: 2015 für die Visionäre, 2008 gemäss den Entscheiden der eidgenössischen Räte, 2005 für die Finanzverantwortlichen vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzsituation.

Nun schlägt Avenir Suisse in einer Studie ein **trivalentes System für die Hochschulen** vor, das ihnen die Entwicklung im harten internationalen Bildungswettbewerb ermöglichen soll. Neu sollen globale, europäische und nationale Hochschulen geschaffen werden. Nur noch eine eidgenössische Behörde und ein Hochschulrat (Bund und Kantone) sollen für diesen Bereich zuständig sein.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) ihrerseits hat den **Entwurf für eine neue Bildungsverfassung** in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage geht auf die parlamentarische Initiative Zbinden (1997) zurück und wurde zusammen mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erarbeitet. Sie soll «die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Bildungswesens steigern, die interkantonale und internationale Mobilität erleichtern und die kantonalen Bildungssysteme in einzelnen Punkten gesamtschweizerisch harmonisieren».

Schliesslich ist ein **neues Hochschulgesetz** für die Fachhochschulen und die universitären Hochschulen in Arbeit, das auf der Motion «Hochschulartikel» des Ständerats aus dem Jahre 1999 beruht und am 1. Januar 2008 in Kraft treten soll. Eine Projektgruppe der zuständigen Departemente (EDI und EVD) wird dem Bundesrat im September dieses Jahres Vorschläge unterbreiten.

Ohne Zweifel hat der Bundesrat mit diesen unterschiedlichen, aber sich ergänzenden Vorstössen alle Trümpfe in der Hand, um dem Parlament grosse legislative Fortschritte im Bereich Bildung, Forschung und Technologie zu präsentieren.

Claude Comina

Weitere Informationen:

<http://www.avenirsuisse.ch/download.php?id=1384>

<http://www.parlament.ch/ed-pa-wbk-97419-entwurf-d.pdf>

■ Bildung – Forschung – Technologie 2004–2007

Konsequenzen des Entlastungsprogramms 2003

Seit 2001 hat der Bereich Bildung – Forschung – Technologie (BFT) mehrfach profitiert. Der klare politische Wille hat Früchte getragen bei den Überlegungen bei der Ausgestaltung der Botschaft des Bundesrates vom November 2002 für die Jahre 2004–2007, den Analysen der parlamentarischen Kommissionen und den Debatten in den beiden Kammern. Aber durch die im Dezember 2003 beschlossenen Budgetkürzungen ist eine neue Situation entstanden. Vor kurzem haben die wichtigsten Instanzen des BFT-Bereichs zu diesem Übergang vom Traum in die Realität Stellung bezogen. Und schon wird für Juni 2004 ein neues Entlastungsprogramm angekündigt.

Universitäre Hochschulen: Kürzungen bedeuten Mehrwertverlust

Die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) will der Schweiz bis im Jahr 2015 eine herausragende Position in der europäischen Hochschullandschaft sichern. Dies ist umso wichtiger, weil die Schweiz international in Bezug auf Investitionen in die höhere Bildung zurückfällt. Mit Investitionen von 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verliert die Schweiz an Boden und fällt weit hinter Länder wie Finnland oder Schweden (1,7 Prozent des BIP), die USA (2,7 Prozent des BIP) oder Kanada (2,6 Prozent des BIP) zurück. Ausserdem zeigt eine Studie für die Region Bern, dass ein Investitionsrückgang von 50 Mio. bei der höheren Bildung einen Mehrwertverlust von 350 Mio. zur Folge hat. Man stelle sich die Konsequenzen für unser ganzes Land mit mehreren wichtigen Universitätsregionen vor.

Als Folge der immer neuen Kürzungen stellen sich die universitären Hochschulen Fragen über die Zukunft ihrer Studiengänge. Eine Milliarde Franken bis ins Jahr 2007 wurde bei der ursprünglichen Planung als nötig erachtet, um die primären Ziele der CRUS zu erreichen. Dazu gehören die Umsetzung der Bolognareform, bessere Betreuungsbedingungen vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften, gezielter Einsatz neuer Unterrichtstechniken und -technologien, eine gewisse Strukturänderung zur langfristigen Sicherstellung einer exzellenten Lehre sowie die Förderung der Mobilität. In der Botschaft wurden 385 Mio. gesprochen. Wie der endgültige Betrag aussieht, ist unklar. Eindeutig ist hingegen, dass vor dem Hintergrund der weiterhin steigenden Studierendenzahlen nur ein Bruchteil der gesetzten Ziele erreicht werden kann. In ihren Zielsetzungen für 2015 fordert die CRUS vom Bund Leitlinien. Zentrales Prinzip müsse die Förderung der nationalen Zusammenarbeit unter den Schweizer Universitäten sein, denn nur so können sie sich international behaupten. Dies bedeutet aber auch eine neue Regelung der Finanzflüsse. Denn im Moment wird eine rentable Zusammenarbeit der Universitäten, zum Beispiel in Form eines gemeinsamen Masterprogramms an mehreren Universitäten, noch verunmöglicht.

Fachhochschulen: Sparen mit neuem Finanzierungskonzept

Wie spart man eine halbe Milliarde ohne die zentralen Bereiche anzutasten – die Umsetzung der Bolognareform für eine qualitativ hochstehende Lehre und die anwendungsorientierte Forschung? Vor dieser Herausforderung stehen die Fachhochschulen, denn eine halbe Milliarde Franken fehlt ihnen nach Abzug der kumulierten Beiträge von Bund

(Fortsetzung auf Seite 2)

und Kantonen für die Periode 2004–2007. Man hat ihnen nur 50 Mio. zugesprochen. Im Rahmen des Masterplans setzt sich die Konferenz der Fachhochschulen (KFH) dafür ein, die finanzielle Steuerung neu zu konzipieren und die Verantwortlichkeiten der Involvierten zu klären. Konkret schlägt die KFH vor, dass der Bund zur Kostenkontrolle einen degressiven Standardkostensatz je Abteilung, Studienplatz und Studienjahr festlegen soll. Dieser soll jedes Jahr, je nach Finanzlage, neu festgelegt werden. Im Gegenzug soll der Bund nicht mehr über Subventionen für Studiengänge in Abhängigkeit von der Studierendenzahl entscheiden können. Die Portfoliostrategie sowie die Umsetzung und Einhaltung des Standardkostensatzes soll Aufgabe der Fachhochschulen und ihrer Träger sein.

Nationalfonds: Kein Grund zum Jammern, aber unerreichte Zielsetzungen

Auch für den Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) bedeuten die Kürzungen einschneidende Folgen. Trotzdem besteht laut Direktor Hans Peter Hertig kein Grund zum Jammern. Er erachtet es vor dem Hintergrund der prekären Finanzlage des Bundes als Privileg, dass der SNF bis ins Jahr 2007 mit 40 Prozent Wachstum rechnen könne, obwohl vor einigen Jahren mehr als das Doppelte in Aussicht gestellt worden war. So wird der SNF sein primäres Ziel, die Deckung des Nachholbedarfs in der Grundlagenforschung, vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften, nicht erreichen können. Von den Kürzungen stark betroffen werden weiter der Ausbau der klinischen Forschung, der erst 2005 auf deutlich tieferem Niveau beginnen kann (20 statt 50 Mio. Franken), der Ausbau der Forschungsinfrastruktur (24 statt 100 Mio. Franken) und die Graduiertenkollegs (13 statt 40 Mio. Franken). Zudem wird das Programm Förderungsprofessuren auf 180 Stellen eingefroren und das Mittelbauprogramm des Bundes ersatzlos gestrichen. Trotzdem ist in den nächsten Jahren nicht das Geld die grösste Sorge des SNF, sondern die internen Strukturen, die dringend angepasst werden müssen, um die anstehenden Arbeiten zu bewältigen.

Wissenschaftliche Akademien: Bekanntheitsgrad verstärken

Auch die vier wissenschaftlichen Akademien der Schweiz (Sozial- und Geisteswissenschaften, Medizinische Wissenschaften, Naturwissenschaften, Technische Wissenschaften) haben neben dem fehlenden Geld noch andere Sorgen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, in der Politik einen grösseren Bekanntheitsgrad zu erlangen und ihrer Rolle als Interessenvertreter der Wissenschaft im inner- und ausseruniversitären Bereich mehr Gewicht zu verleihen. Die Akademien sind deshalb daran, für sich ein deutlicheres Profil auszuarbeiten. (era-co)

■ Frauen und Wissenschaft

Geschlechtsspezifische Ursachen der Ungleichheit

Die Frauen sind in der Wissenschaft weiterhin untervertreten, und es scheint, dass dies zum Teil mit geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Ansichten über die Wissenschaft zusammenhängt. Zu diesem Schluss kommt im Wesentlichen die Ende 2003 publizierte Studie «Frauen und Wissenschaft: Zwei Perspektiven» des Bundesamts für Statistik und des Observatoire Science, Politique et Société der ETH Lausanne.

Gemäss dieser Studie steigt der Anteil Studentinnen an den Schweizer Hochschulen seit 20 Jahren. Im Jahr 2002 lag er bei 47 Prozent, und das Gleichgewicht wird sicherlich bald erreicht sein. Dennoch bleiben zahlrei-

che Ungleichheiten, vor allem in der Forschung, wo immer noch 79 Prozent der Stellen von Männern besetzt sind. Um dieses soziale Phänomen aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten, haben die Autorinnen einen Zusammenhang zwischen diesen Statistiken und der geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Wahrnehmung der Wissenschaft hergestellt. So interessierten sich Anfang 2002 nur 41 Prozent der Frauen in der Schweiz – im Gegensatz zu 71 Prozent der Männer – für die Wissenschaft. In gewissen Bereichen jedoch war dieses Verhältnis gerade umgekehrt. So zum Beispiel in der Medizin, wo auch der Anteil Studentinnen mehr als 50 Prozent beträgt.

Für die Autorinnen sollte diese Studie in allgemeinere Überlegungen über die unterschiedliche soziale Wahrnehmung der Wissenschaften einfließen.

Weitere Informationen:

www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber15/publ-st/pdf/frauen-st.pdf

■ Kantonale Universitäten

Steigende Subventionen, sinkende Kosten pro Studienplatz

Im Jahr 2003 haben die Einnahmen der Universitätskantone für ausserkantonale Studierende (389,1 Mio. Franken) im Vergleich zum Vorjahr um 13,6 Mio. Franken (+ 3,6 Prozent) zugenommen.

Nach einer mehrjährigen Stagnation von 1995 bis 2001 konnten dank der Motion Plattner/Eymann die Grundbeiträge des Bundes im Jahr 2002 (401,4 Mio. Franken) erstmals wieder der steigenden Anzahl Studieren-

■ Wissenschaft und Politik

Schwerpunkt Zusammenarbeit

Am 22. April 2004 hat die Jahresversammlung des Netzwerks *Future* zum Thema «Die BFT-Botschaft 04–07: vom Traum zur Realität oder neue Wege für die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik» stattgefunden (vgl. «Konsequenzen des Entlastungsprogramms 2003», S. 1). Bei diesem Anlass haben sich die akademischen Partner mit Politikerinnen und Politikern gemeinsam an einen Tisch gesetzt und diskutiert. Nationalrat Johannes Randegger, der Präsident des Politiker-Teams, hat eine positive Bilanz über die Arbeit des Netzwerks *Future* gezogen. Das überparteilich einstimmige Engagement für einen exzellenten und international wettbewerbsfähigen Bildungs- und Forschungsraum Schweiz habe seit seiner Gründung im Jahr 2001 Früchte getragen (z.B. Aufstockung der NCCR Programme, Verabschiedung der BFT-Botschaft 04–07, Verteidigung des BFT-Bereichs in der Debatte über das Entlastungsprogramm 2003, Aufstockung der Finanzierung des EU-Rahmenforschungsprogramms). Das Netzwerk *Future* setzt sich aus akademischen Partnern und einem Politiker-Team zusammen, das aus Mitgliedern der wichtigsten im National- und Ständerat vertretenen Parteien besteht. Zum Vorstand des Politiker-Teams gehören die Nationalrätinnen Ruth Genner (G) und Kathy Riklin (CVP) sowie die Nationalräte Hans Widmer (SP), Theophil Pfister (SVP) und Heiner Studer (EVP). Die Hauptziele des Netzwerks *Future* sind die Definition einer nationalen Vision für die Bereiche Bildung, Forschung und Technologie. Des Weiteren Reflexionen über die Strukturen der Schweizerischen Hochschullandschaft sowie die Förderung ihrer Entwicklung mithilfe angepasster finanzieller Mittel und optimaler Rahmenbedingungen.

der angepasst werden (+ 30,1 Mio. Franken). Im Jahr 2003 erfolgte eine zweite Erhöhung um 27,8 Mio. Franken.

Mit dem neuen Universitätsförderungsgesetz (UFG) von 1999 hatte der Bund von der eher aufwandorientierten zur stärker leistungsbezogenen Bemessung der Grundbeiträge gewechselt. Die Grundbeiträge werden damit nun in erster Linie entsprechend den Leistungen der Universitäten in Lehre und Forschung berechnet.

Mit dieser Erhöhung der Bundessubventionen hat das Parlament angesichts des massiven Nachholbedarfs ein Zeichen gesetzt. Im Jahr 1980 konnte der Bund den Universitätskantonen pro Erstabschluss noch rund 44 400 Franken an Grundbeiträgen auszahlen; im Jahr 2003 war dieser Betrag auf rund 32 100 Franken gesunken.

Weitere Informationen:

www.cus.ch, *SUK-Info* Nr. 1/2004

■ Schweizer Hochschulen

ETH und Universität Zürich an der Spitze eines chinesischen Rankings

Die Universität Jiao Tong in Schanghai hat ihre erste Universitätsrangliste veröffentlicht, das «Academic Ranking of World Universities 2003». Im Bewusstsein, dass Universitäten unterschiedlicher Länder schwierig zu vergleichen sind, hat die Universität Jiao Tong für ihr Ranking fünf verschiedene Indikatoren mit einer Gewichtung von je 20 Prozent verwendet. Gemessen wurden die Hochschulen an der Anzahl Nobelpreise in Physik, Chemie, Medizin und Wirtschaft, der Anzahl Publikationen in den Fachzeitschriften *Nature* und *Science*, der Anzahl anderer wissenschaftlicher Publikationen, der Anzahl zitierter Forscher und dem Niveau der akademischen Leistungen der verschiedenen Fakultäten. Mit diesen Parametern, die ein differenziertes Bild der verschiedenen Universitäten ermöglichen, sticht die Schweiz bezüglich der Qualität ihrer Hochschulen hervor. Die ETH Zürich nimmt in Europa den fünften und weltweit den 20. Rang ein, die Universität Zürich belegt den neunten beziehungsweise 45. Rang.

Ein weiteres, internationales Ranking arbeitet gegenwärtig die Firma swissUp in der Schweiz aus. Die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) unterstützt dieses Projekt, das unter der methodologischen Leitung des Zentrums für Hochschulentwicklung (CHE) steht.

Weitere Informationen:

<http://ed.sjtu.edu.cn/ranking.htm>

■ Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten

Eine Spitzenposition für die Schweiz bis 2015

Die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) hat ihre Visionen zur Entwicklung der Universitäten bis ins Jahr 2015 vorgestellt. Die CRUS rechnet mit einer Umgestaltung der Schweizer Bildungslandschaft in Übereinstimmung mit der Bologna-Deklaration, welche die Position der Schweizer Universitäten innerhalb des europäischen Bildungs-

Impressum

Netzwerk *Future*

Thunstrasse 7, 3005 Bern

Tel. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50

info@futureteam.info

© Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt

SMS

■ 153 000 Studierende an den Schweizer Hochschulen

An den Schweizer Hochschulen waren im Wintersemester 153 000 Studierende eingeschrieben: 109 000 an den Universitäten und 44 000 an den Fachhochschulen. Zur Zeit streben 13 500 Personen einen Abschluss als Bachelor oder Master an. Die Zahl der Doktorierenden erhöhte sich um 6 Prozent auf 15 850. Der Frauenanteil stieg an den Universitäten von 47 auf 48 Prozent der Studierenden, an den Fachhochschulen von 35 auf 39 Prozent.

■ Universität Neuenburg

Auf Empfehlung des zukünftigen Rektors der Universität Neuenburg, Professor Alfred Strohmeier, hat der Universitätsrat die Professoren Daniel Schulthess, Reinhard Neier und Daniel Haag als Vizerektoren ernannt. Das neue Rektorat wird seine Tätigkeit am 1. Oktober 2004 aufnehmen.

Weitere Informationen: www.unine.ch/presse/

■ Neue Köpfe in der EPFL-Leitung

Der Rat der Eidgenössisch Technischen Hochschulen hat kürzlich die Leitung der ETH Lausanne (EPFL) neu besetzt. Ab dem 1. Oktober 2004 werden die Professoren Giorgio Margaritondo, Stefan Catsicas, Francis-Luc Perret und Martin Vetterli als Vizepräsidenten den Ressorts Akademische Belange, Innovation und Technologietransfer, Planung und Logistik sowie Internationale Beziehungen vorstehen. Professor Patrick Aebischer wurde als Präsident der EPFL vom Bundesrat bereits wiedergewählt. Seine neue Amtsperiode läuft seit dem 1. April 2004.

Weitere Informationen: <http://www.epfl.ch/direction.html>

systems sichern soll. Die Schweizer Universitäten, die sich durch Vielfalt, Föderalismus und Mehrsprachigkeit auszeichnen, müssen sich gemäss der CRUS an den Massstäben der Leistungsfähigkeit und Effizienz ausrichten. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, müssen die Rahmenbedingungen festgelegt werden, die das Gelingen der Reformen an den Universitäten garantieren. Vor diesem Hintergrund bemüht sich die CRUS um die Unterstützung der Entscheidungsträger in Sachen Universitätspolitik auf nationaler Ebene. Sie hat zudem eine Vernehmlassung unter den Universitäten zur Durchführbarkeit und zu den Konsequenzen der anvisierten Entwicklungen lanciert.

Weitere Informationen:

<http://www.crus.ch/deutsch/Aktuell>

■ Fachhochschulen

Sparen, aber nicht bei der Qualität

Im Masterplan Fachhochschulen haben Bund und Kantone gemeinsam festgelegt, wie die Betriebskosten im Fachhochschulbereich gesenkt werden sollen. Für die Periode 2004–2007 soll ein Fehlbetrag von rund 500 Mio. Franken auf 50 Mio. reduziert werden. Hauptursache für die Kostensteigerung sind die stark steigenden Studierendenzahlen.

Höchste Priorität hat bei der Gewichtung der Massnahmen die Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden Ausbildung, an zweiter Stelle folgt der Ausbau von Forschung und Entwicklung. So ist die wichtigste Massnahme die Festlegung eines Standardkostensatzes zur Senkung der Durchschnittskosten pro Studienplatz. Weiter sollen Weiterbildung und Dienstleistungen künftig ohne öffentliche Subventionierung angeboten werden. Schliesslich soll eine Anpassung an die durchschnittlichen universitären Studiengebühren erfolgen.

Weitere Informationen:

http://www.edk.ch/Aktuell_d_f_e/mainPresse_d.html

FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

juin 2004

■ Hautes écoles – Confédération – cantons

Les chantiers de la législature

Dans les cantons, dans les départements fédéraux, dans les hautes écoles et dans les organes nationaux faïteurs de coordination, on se préoccupe de **l'avenir du paysage suisse de la formation** avec trois délais différents: 2015 pour les visionnaires, 2008 selon les décisions des parlementaires fédéraux, 2005 pour les responsables des finances placés devant des contraintes de rigueur.

Dans ce contexte, on a pu lire récemment les analyses et propositions d'Avenir Suisse préconisant **un système trivalent pour les hautes écoles** susceptible de leur permettre d'évoluer dans un contexte de forte compétition académique internationale. On retrouverait ainsi des institutions de stature mondiale, des hautes écoles européennes et des hautes écoles nationales; l'étude préconise encore une seule entité fédérale responsable de ce domaine ainsi qu'un Conseil des hautes écoles (cantons et Confédération).

Il y a quelques semaines, nouvelle initiative: la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC) du Conseil national a mis en consultation un projet de **nouveaux articles constitutionnels** sur l'éducation. Préparés en étroite liaison avec la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), ces articles font suite à l'initiative Zbinden (1997). Ils «permettront de renforcer la compétitivité internationale de notre système de formation, de faciliter la mobilité intercantonale et internationale et d'harmoniser sur certains points les systèmes éducatifs cantonaux à l'échelle nationale».

Enfin, il s'agit aussi de ne pas oublier l'approche parallèle faisant suite à une motion du Conseil des Etats de 1999 demandant un article constitutionnel sur l'enseignement supérieur; ce processus devrait aboutir, au 1^{er} janvier 2008, à une **nouvelle loi sur les hautes écoles** spécialisées et universitaires. Un groupe de projet constitué par les deux départements concernés (DFI et DFE) est au travail et devrait soumettre des propositions au Conseil fédéral dès septembre.

Nul doute que sur ces bases diverses mais complémentaires, le Conseil fédéral dispose de tous les atouts pour présenter au Parlement des avancées législatives majeures dans le domaine de la formation, de la recherche et de la technologie en Suisse.

Claude Comina

Informations complémentaires:

<http://www.avenirsuisse.ch/download.php?id=1386>

<http://www.parlement.ch/ed-pa-wbk-97419-entwurf-f.pdf>

■ Formation – Recherche – Technologie 2004–2007

Les conséquences des allègements budgétaires

Depuis 2001, le domaine Formation – Recherche – Technologie (FRT) a bénéficié des réflexions liées au Message gouvernemental pour les années 2004 à 2007 publié en novembre 2002, des analyses des commissions parlementaires, d'une volonté de priorité politique claire et, finalement, des débats dans les deux Chambres. Mais le programme d'allègement budgétaire décidé en décembre 2003 a changé la donne. Récemment, les principales instances du domaine FRT ont fait le point sur le passage du rêve à la réalité. Des faits éclairants. Et on annonce déjà un nouveau programme d'allègement budgétaire pour le début du mois de juin 2004.

Hautes écoles universitaires: réduction budgétaire = perte de valeur ajoutée

La Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS) entend assurer à la Suisse, d'ici à 2015, une position de premier plan dans le paysage universitaire européen. Ceci est d'autant plus important que notre pays est en retard sur le plan international en matière d'investissement consacré à l'enseignement supérieur, en pourcentage du produit intérieur brut (PIB). En effet, il apparaît que la Suisse, avec 1,2% du PIB, perd du terrain et se classe loin derrière des pays comme la Finlande ou la Suède (1,7% du PIB), les États-Unis (2,7% du PIB) ou le Canada (2,6% du PIB). Par ailleurs, une étude menée pour la région de Berne montre qu'une diminution des investissements pour la formation supérieure de 50 millions de francs induit une perte de valeur ajoutée de 350 millions. On imagine l'impact pour notre pays qui compte plusieurs régions universitaires importantes.

Les réductions budgétaires qui sont sans cesse pratiquées amènent les hautes écoles universitaires à se poser des questions sur l'avenir de leurs filières. Dans la planification initiale, on estimait qu'un milliard de francs était nécessaire d'ici à 2007 pour atteindre les principaux objectifs de la CRUS, à savoir la mise en œuvre de la déclaration de Bologne, l'amélioration des conditions d'encadrement, surtout dans les sciences humaines et sociales, l'utilisation ciblée de nouvelles techniques d'enseignement, un certain changement structurel destiné à assurer sur le long terme un enseignement de haut niveau, et l'encouragement de la mobilité. Dans le message, il était question de 385 millions de francs. De combien sera le montant final? Cela reste un mystère. Il est en revanche tout à fait clair que, vu l'augmentation constante du nombre d'étudiants, seule une infime partie des travaux prévus pourra être réalisée. Dans ses objectifs pour 2015, la CRUS demande que la Confédération fixe des principes directeurs. Elle pose le développement des relations entre les universités suisses comme principe-clé, car seule une coopération efficace au sein de l'enseignement supérieur suisse permettra à notre paysage universitaire de s'imposer sur le plan international. Cela implique aussi une nouvelle réglementation des flux financiers. Dans l'état actuel des choses, une collaboration fructueuse entre les universités, par exemple sous la forme d'un programme de master commun à plusieurs universités, est encore impossible.

Hautes écoles spécialisées: économiser en repensant la gestion financière

Comment économiser un demi-milliard sans porter atteinte aux domaines-clés, c'est-à-dire, d'une part, la réforme de Bologne visant à mettre en place un enseignement de haut

(Suite en page 2)

niveau et, d'autre part, la recherche appliquée? C'est bien là le défi que doivent relever les HES car un demi-milliard de francs – après déduction des montants cumulés de la Confédération et des cantons – leur manque pour la période 2004–2007. On ne leur a attribué que 50 millions. Dans le cadre du masterplan, la Conférence suisse des HES (CSHES) estime, à l'unanimité, qu'il faudrait repenser la gestion financière et clarifier les responsabilités des différents acteurs.

Pour l'avenir, la CSHES propose concrètement que la Confédération, dans une optique de contrôle des dépenses, fixe un coût standard dégressif par département, étudiant et année d'études, coût qui serait révisé chaque année en fonction des finances. Par contre, la Confédération ne doit plus pouvoir décider des subventions à accorder aux filières en se basant sur le nombre d'étudiants. Bien au contraire: l'offre de formation des écoles ainsi que la mise en place et le respect du coût standard doivent être du ressort des HES et de leurs organes responsables.

Fonds national: pas de lamentations, mais des objectifs non atteints

Les réductions budgétaires sont aussi lourdes de conséquences pour le Fonds national de la recherche scientifique (FNS). Mais il n'y a pourtant pas de quoi se lamenter. Telle est l'opinion de Hans Peter Hertig, directeur du FNS. Etant donné la situation financière délicate de la Confédération, il considère comme un privilège le fait que le FNS puisse tabler d'ici à 2007 sur une croissance de 40% ... alors qu'on avait annoncé plus du double il y a quelques années. Dans ces conditions, le Fonds national ne pourra pas atteindre son premier objectif qui était de combler le retard dans le domaine de la recherche fondamentale, notamment en sciences humaines et sociales. Les autres projets fortement remis en cause par les réductions budgétaires sont le développement de la recherche clinique, qui ne pourra donc commencer qu'en 2005 et à un niveau nettement plus bas (20 au lieu de 50 millions de francs), le développement de l'infrastructure de recherche (24 au lieu de 100 millions de francs) et celui des écoles doctorales (13 au lieu de 40 millions de francs). En outre, le programme de chaires d'encouragement sera gelé à 180 postes et le programme de la Confédération au profit du corps intermédiaire sera supprimé sans mesure de remplacement. Reste que le souci majeur du FNS pour les prochaines années n'est pas l'argent, mais plutôt les structures internes que l'on doit adapter de toute urgence afin de venir à bout des travaux en suspens.

Des académies encore méconnues

L'argent n'est pas la seule préoccupation des quatre académies scientifiques suisses (sciences humaines et sociales, sciences médicales, sciences naturelles, sciences techniques). Ces institutions ont actuellement pour objectif de se faire mieux connaître des milieux politiques et de mettre en avant le rôle qu'elles jouent dans la défense des intérêts de la science tant au sein des universités qu'auprès des autres milieux concernés. Les quatre académies travaillent donc à l'élaboration d'un profil plus représentatif de leurs activités. (era-co)

■ Femmes et science

Les origines sexuées de l'inégalité

Les femmes restent sous-représentées dans les milieux scientifiques suisses, et il semble que cela soit dû en partie à une représentation différente de la science selon les sexes. Telle est, en substance, la conclusion de la récente étude «Femmes et science en Suisse: double perspec-

tive», publiée fin 2003 par l'Office fédéral de la statistique et l'Observatoire EPFL Science, Politique et Société.

Selon cette étude, la part des étudiantes sur les bancs des hautes écoles universitaires ne cesse d'augmenter depuis 20 ans. En 2002, elle était de 47% et la parité devrait bientôt être atteinte. Reste que les inégalités demeurent nombreuses, notamment pour les postes dans la recherche qui étaient encore occupés à 79% par des hommes. Désireuses d'apporter un éclairage nouveau sur ce phénomène social, les auteurs de l'étude ont établi un rapport entre ces statistiques et des différences de perception à l'égard de la science selon le sexe. Ainsi, seules 41% des femmes, contre 71% des hommes, se disaient intéressées par la science au début 2002. Lorsque, dans certains domaines telle la médecine, cette proportion était inversée, alors la part des étudiantes était également supérieure à 50%.

Pour les auteurs, cette étude est à inscrire dans une réflexion plus générale sur les représentations sociales des sciences.

Informations complémentaires:

http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber15/publ-st/fpub02-01.htm

■ Universités suisses

Subventions à la hausse, coût par étudiant à la baisse

En 2003, les recettes perçues par les universités cantonales pour les étudiants provenant d'autres cantons (389,1 millions) ont augmenté de 13,6 millions de francs (+ 3,6%) par rapport à l'année précédente.

Après les années de stagnation de 1995 à 2001, les subventions fédérales de base ont pu être pour la première fois réadaptées à la forte pro-

■ Science et politique

La collaboration avant tout

Le 22 avril 2004 a eu lieu l'assemblée annuelle des partenaires du réseau *Future*, qui avait comme thème de discussion: «Le Message FRT 04–07: du rêve à la réalité ou comment préparer les futurs échanges entre science et politique» (cf «Les conséquences des allègements budgétaires», p. 1). A cette occasion, les partenaires académiques et les responsables politiques se sont assis à une même table pour réfléchir à de nouvelles formes de collaboration. Le président du Team politique *Future*, le conseiller national Johannes Randegger, a dressé un bilan positif du travail du Réseau *Future*. Selon M. Randegger, l'engagement non partisan et unanime en faveur d'un espace de formation et de recherche suisse, de haut niveau et compétitif sur la scène internationale, a porté ses fruits depuis 2001, année de création du réseau (notamment: augmentation du nombre de programmes NCCR, adoption du Message FRT 2004–2007, défense du domaine FRT dans les discussions sur le programme d'allègement budgétaire 2003, augmentation du financement en faveur du programme-cadre de recherche de l'UE). Le Réseau *Future* comprend des partenaires académiques et un Team politique composé de membres de tous les principaux partis représentés au Conseil national et au Conseil des Etats. Le bureau du Team politique regroupe les conseillers nationaux Ruth Genner (Verts), Kathy Riklin (PDC), Hans Widmer (PS), Theophil Pfister (UDC) et Heiner Studer (PEV). Les objectifs du réseau *Future* concernent la définition d'une vision nationale du domaine FRT, la réflexion sur les structures du paysage universitaire suisse, le soutien à son développement par des moyens financiers adaptés et des conditions-cadres optimales.

gression du nombre d'étudiants en 2002 (401,4 millions de francs) grâce à la motion Plattner/Eymann: + 30,1 millions de francs; et en 2003, un nouveau relèvement de 27,8 millions de francs.

En mettant en vigueur la nouvelle loi sur l'aide aux universités (LAU) en 1999, la Confédération est passée d'un système de subventions axé principalement sur les dépenses à un système axé essentiellement sur les prestations. Désormais, les subventions de base sont calculées en premier lieu en fonction des prestations fournies par l'université au niveau de l'enseignement et de la recherche.

En relevant les subventions fédérales, le Parlement a clairement exprimé sa volonté de rattraper l'énorme retard accumulé au cours des deux dernières décennies. En 1980, la Confédération versait encore aux cantons universitaires 44 400 francs environ par premier diplôme; ce montant a chuté à 32 100 francs en 2003.

Informations complémentaires:
www.cus.ch, *Info-CUS No 1/2004*

■ Hautes écoles suisses

EPFZ et Université de Zurich en tête d'un ranking chinois

L'Université Jiao Tong de Shanghai vient de publier son premier classement mondial des universités, le «Academic Ranking of World Universities 2003». Consciente de la difficulté d'évaluer des universités de pays très divers, l'Université de Jiao Tong a créé un ranking basé sur cinq indicateurs avec une pondération de 20% pour chacun. L'évaluation a porté sur le nombre de prix Nobel en physique, chimie, médecine et économie, le nombre d'articles publiés dans des revues spécialisées *Nature/Science*, le nombre d'articles publiés dans d'autres revues scientifiques, le nombre de citations et le niveau de performance académique faculté par faculté. A la lumière de ces paramètres qui donnent une image nuancée des universités dans le monde, la Suisse se distingue par la qualité de ses hautes écoles. L'EPF de Zurich occupe le 5^e rang européen et le 25^e rang mondial, l'Université de Zurich est, pour sa part, la 9^e en Europe et la 45^e dans le monde.

Par ailleurs, la CRUS a accordé son soutien à un projet pilote de ranking international, actuellement mis en place en Suisse par la société swisUp, sous le contrôle méthodologique du Centrum für Hochschulentwicklung (CHE).

Informations complémentaires:
<http://ed.sjtu.edu.cn/ranking.htm>

■ Conférence des recteurs des universités suisses

La Suisse dans le peloton de tête à l'horizon 2015

La Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS) a présenté ses propositions pour le développement des universités d'ici à 2015. La CRUS prévoit une refonte de l'enseignement supérieur suisse conformé-

Impressum

Réseau *Future*
Thunstrasse 7, 3005 Berne
Tél. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info

© Reprise autorisée avec mention de la source

SMS

■ 153 000 étudiants dans les hautes écoles suisses

Au semestre d'hiver, les hautes écoles suisses comptaient 153 000 étudiants: 109 000 dans les universités et 44 000 dans les HES. Actuellement, 13 500 personnes préparent un diplôme de bachelor ou de master. Le nombre de doctorants a augmenté de 6% et atteint le chiffre de 15 850. La part des femmes dans le nombre d'étudiants est passée de 47 à 48% dans les universités et de 35 à 39% dans les HES.

■ Université de Neuchâtel

Sur proposition du recteur désigné de l'Université de Neuchâtel, Pr Alfred Strohmeier, le Conseil de l'Université a nommé les professeurs Daniel Schulthess, Reinhard Neier et Daniel Haag aux postes de vice-recteurs de l'institution. Le nouveau rectorat entrera en fonction le 1^{er} octobre 2004.

Informations complémentaires: www.unine.ch/presse/

■ Nouvelles têtes à la direction de l'EPFL

Le Conseil des Ecoles polytechniques fédérales a procédé à plusieurs nominations à la direction de l'EPF de Lausanne (EPFL). A partir du 1^{er} octobre 2004, les professeurs Giorgio Margaritondo, Stefan Catsicas, Francis-Luc Perret et Martin Vetterli assumeront la vice-présidence pour, respectivement, les affaires académiques, l'innovation et la valorisation, la planification et la logistique ainsi que les relations internationales. Rappelons que le professeur Patrick Aebischer avait été renommé à la présidence de l'EPFL par le Conseil fédéral dès le 1^{er} avril 2004.

Informations complémentaires: <http://www.epfl.ch/direction.html>

ment à la déclaration de Bologne, refonte qui vise à asseoir la position des universités suisses au sein du système de formation européen. Selon la CRUS, il importe que le paysage universitaire suisse, qui conjugue diversité, fédéralisme et multilinguisme, se développe selon les principes de performance et d'efficacité. En écho à cette orientation générale, il convient de déterminer les conditions permettant de mener à bien la réforme des universités. Dans cette optique, la CRUS s'emploie à gagner le soutien des autorités politiques responsables de la politique universitaire à l'échelle nationale. Elle a également lancé une procédure de consultation auprès des universités afin d'étudier la faisabilité et les conséquences des développements envisagés.

Informations complémentaires:
<http://www.crus.ch/franz/Aktuell>

■ Hautes écoles spécialisées

Economiser sans toucher à la qualité

Dans le masterplan Hautes écoles spécialisées, la Confédération et les cantons ont fixé en commun la manière de réduire les frais d'exploitation dans le domaine des HES. Le but est, durant la période 2004–2007, de faire passer un déficit d'environ 500 millions de francs à quelque 50 millions. L'augmentation des frais tient principalement à la très forte croissance du nombre d'étudiants.

Au chapitre des mesures, deux priorités se dégagent: garantir une formation de haut niveau et dynamiser la recherche et le développement. Partant de là, la mesure la plus importante consiste à fixer un coût standard visant à diminuer le coût moyen par étudiant. D'autre part, la formation continue et les prestations aux tiers ne recevront plus dorénavant de subventions publiques. Enfin, il est prévu d'aligner les taxes des HES sur les taxes universitaires moyennes.

Informations complémentaires:
http://www.edk.ch/Aktuell_d_f_e/mainPresse_f.html